

Die Rossauerkaserne - Vom Verteidigungskonzept der Ringstraße bis zur Gegenwart

Die alten Befestigungen Wiens

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts präsentierten sich die Wiener Festungswerke noch mit einem durchschnittlich 350m breiten Glacis, dem Stadtgraben, den Stadtmauern, 11 Stadttoren und 17 Basteien.¹ Schon vor dem Revolutionsjahr 1848 war der Plan entstanden, die Haupt- und Residenzstadt Wien vor einem eventuellen inneren Feind zu schützen, jedoch wurde dieser Plan von der Realität überholt. Im März 1848 hatte sich der alte Festungsgürtel der Stadt nicht als Schutz eines von außen anstürmenden Feindes erwiesen, sondern als Bollwerk der Revolutionäre. Man zog daraus nicht den Schluß, daß man den Festungsgürtel besser beseitige, sondern man trachtete, ihn zu einer, vor allem gegen den inneren Feind wirksamen Verteidigungseinrichtung umzufunktionieren.

Die Militärs, die sich mit Zähigkeit für die Erhaltung des alten Festungsgürtels einsetzten, verbanden die vorhandene Fortifikation mit der zeitgemäßen Anlage festungsartiger Stützpunkte. So legte man ein Festungsdreieck an, dessen Basis zwei Defensivkasernen an den donauseitigen Ecken der Inneren Stadt bildeten, die Franz-Josephs- und die Rudolfskaserne - die heutige Rossauerkaserne - während als Spitze das Arsenal fungierte, von wo aus man mit der Artillerie bis zum Stephansdom reichen konnte. In ihrem Erscheinungsbild waren Franz-Josephs-, Rossauerkaserne und das Arsenal aneinander angeglichen. Es bestand ein innerer Zusammenhang zwischen künstlerischer Form und Aufgabe. Die einerseits mächtige, blockhafte Bauweise, der sich ein kleinteiliger, reliefhafter Formenschatz wie Blendwerk, etc. unterordnete wurde als "adäquater Ausdruck ... für den patriotischen Zweck"² empfunden.

Bei der Errichtung dieser drei Kasernenbauten wurde auf die Anbindung an das Eisenbahnnetz geachtet. So liegt das Arsenal beim Süd- (1841) bzw. Ostbahnhof (1845), die Rossauerkaserne in Reichweite des Franz-Josephs-Bahnhofes (1866) und die Franz-Josephs-Kaserne an der Verbindungsbahn zwischen Nord- und Südbahnhof.³ Dadurch sollte die Versorgung mit Soldaten und Material sichergestellt werden.

Die Stadterweiterung

Parallel zu dem militärischen Anforderungsprofil hatten bereits die Planungsarbeiten für die Errichtung der Ringstraße begonnen; die sogenannte Stadterweiterung.

1839 bis 1843 wurden von Ludwig von Förster seine Entwürfe für die Stadterweiterung überarbeitet und der Bau der Defensivkaserne in der Rossau darin

¹Franz BALTZAREK/Alfred HOFFMANN/Hannes STEKL, Wirtschaft und Gesellschaft der Wiener Stadterweiterung, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Bd. 5, Wiesbaden, 1975, S. 98

²Renate WAGNER-RIEGER, Wiens Architektur im 19. Jahrhundert, Wien, 1970, S. 123

³Martin SENEKOWITSCH, Militär und Großstadt - geographische und wirtschaftliche Aspekte am Beispiel Wien, Dipl.Arb., Wirtschaftsuniversität Wien, 1990, S. 13

miteingeplant.⁴ 1858 wurde ein Wettbewerb veranstaltet, in dem die führenden Architekten und Planer der Zeit zur Einreichung von Entwürfen eingeladen wurden. Ausgangspunkt für die Planungen war das Handschreiben des Kaisers an seinen Minister des Inneren, in dem er im Zusammenhang mit diesem Projekt von einer "Verschönerung Meiner Residenz- und Reichshauptstadt" spricht.⁵ Die Bedeutung des Wortes Verschönerung war in der damaligen Zeit eine andere als heute, sie war Ausdruck umfassender, alle Bedürfnisse zufriedenstellender Planung.

Bei den Planungen für die Ringstraße sollte berücksichtigt werden, daß nach den Berichten des k.k. Polizei-Bezirksarztes Franz Innerhauser die Basteien und öffentlichen Spaziergänge damals zur körperlichen Bewegung der Menschen im Freien genutzt wurden. Zu Beginn aller Überlegungen wurde das riesige Gelände von Glacis und Basteien nicht ausschließlich als mögliches Bauland in Zentrumsnähe angesehen. Geplant waren lediglich einige wenige, repräsentative, öffentliche, sowie private Bauten wie etwa ein Opernhaus. Seine Funktion als Naherholungsgebiet sollte jedoch erhalten bleiben. Es sollten hier die "Erzeugnisse der Kleidermacher und Marchandes de Mode" präsentiert werden.⁶ Die zukünftigen Parkanlagen sollten von Wohnung und Arbeitsplatz rasch erreicht werden können. Viel später stellte sich jedoch heraus, daß in Wien die Benützung der öffentlichen Grünanlagen von bürgerlichen Wertvorstellungen wie Repräsentation und Bildung abhängig waren. Eine uneingeschränkte Nutzung wie in den zur selben Zeit errichteten Gärten Londons oder New Yorks war hierorts nicht üblich.⁷

Es wurden zahlreiche Projektarbeiten eingereicht, unter anderem von Karl Roesner, Paul Sprenger, Franz von Mayern und Ludwig von Förster, die zunächst noch alle die ursprünglichen Formen der alten Fortifikationen erkennen ließen (Abb. 1). Im Projekt von Martin Kink wird die Rossauerkaserne als nahezu kreisförmiger Baukörper mit pentagonalem Hof geplant (Abb. 2). Der von dieser Kaserne ausgehende Boulevard sollte zu einem kreisrunden Platz vor der Votivkirche führen, auf dem ein Wachthaus errichtet werden sollte, wie es in der Ausschreibung gefordert war.⁸ Vor den Privathäusern an diesem Boulevard sollten Ziergärten angelegt werden. Auch dieser Plan wurde von dem die Pläne prüfenden "Special-Comité" verworfen.

⁴Alois KIESLINGER, Die Steine der Wiener Ringstraße, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Bd. 4, Wiesbaden, 1972, S. 11

⁵Kurt MOLLIK/Hermann REINING/Rudolf WURZER, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Wiesbaden, 1980, S. 142

⁶Franz INNHAUSER, Ueber den Einfluß der a.h. angeordneten Erweiterung der Innerern Stadt Wien auf die hygienischen Verhältnisse derselben, in: Österreichische Zeitschrift für praktische Heilkunde, Wien, 1858, Nr. 11, Sp. 201-208, Nr. 12, 215-232, Nr. 13, Sp. 249-254

⁷1878 wurde im Rathauspark sogar das Befahren mit Kinderwagen verboten, das Verbot wurde jedoch zwei Jahre später mit Gemeinderatsbeschluß wieder aufgehoben. Protokoll der Sitzung des Gemeinderathes ...vom 22.10.1880

⁸MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 134

Der Grundplan

Keiner der "Concurspläne" wurde als ausführungsfähig bewertet. Daher wurde am 25. Dezember 1858 der Minister des Inneren Freiherr von Bach mit der "Entwerfung eines Grundplanes unter Einbeziehung der preisgekrönten Projects Ideen" beauftragt.⁹ Am 17. Jänner 1859 fand die erste Besprechung mit der Kommission statt. Sektionsrat Moritz Löhr legte eine vorläufige Skizze vor und schon am 13. April 1859 wurde der definitive Grundplan von der Kommission festgesetzt. Mitglied der Kommission war unter anderem Generalmajor von Wurmb, der in Bezug auf die Rossauerkaserne versuchte, militärischen Gesichtspunkten zum Durchbruch zu verhelfen. Er hatte nicht nur den Plan, die Kaserne in der Rossau an das Eisenbahnnetz anzubinden, sondern sie auch mit einem kleinen Hafen am Donaukanal zu versehen.¹⁰

Im Motivenbericht der Kommission, der mit dem Grundplan-Entwurf am 17. Mai 1859 Kaiser Franz Joseph übergeben wurde, standen fünf Hauptgesichtspunkte der Stadterweiterung im Mittelpunkt:

1. Militärische Rücksichten
2. Regulierung des Donaukanals und Anlage des "Quais"
3. "Ringstraße" und "Lastenstraße"
4. Anordnung und Gruppierung der Neubauten (öffentliche und private)
5. Regulierung der "Inneren Stadt"¹¹

Am 1. September 1859 wurde der Grundplan durch den Kaiser genehmigt. Danach erfolgten noch einige Veränderungen und am 8. Oktober 1859 erfolgte die definitive Genehmigung. Festzustellen wäre, daß sich im Grundplan gegenüber der "Concursaus-schreibung" die Zahl der öffentlichen Gebäude nahezu verdoppelt hatte.

Am 3. Oktober 1859 wurde der Grundplan der Öffentlichkeit vorgestellt (Abb. 3). Die Reaktionen darauf waren gemischt. Während sich die "Morgenpost" euphorisch zeigte,¹² wurde bei der "Presse" von anfang an mit Kritik nicht gespart.¹³ Sie kritisierte vor allem den hohen Idealisierungsgrad, der zu wenig auf die tatsächlichen stadtplanerischen Notwendigkeiten, wie den knappen Wohnraum, die fehlenden Straßenverbindungen gegen die Vorstädte hin, eine Verkehrsentlastung der Innenstadt einging und die noch nicht vorgenommene Auflassung der Linienwälle. Auch die Errichtung der Defensivkaserne und der Wachthäuser wurde kritisiert, sie könne nicht mit den Erfordernissen für die Entfaltung von großstädtischem Lebensstil einher gehen. Die "Presse" kritisierte auch die prognostizierte Kostenentwicklung. Für Staat, Kommune und Private sollten sich die Kosten insgesamt auf 140 bis 150 Millionen Kronen belaufen.¹⁴

⁹MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 148

¹⁰Schreiben von Minister Bach an Kaiser Franz Joseph I. vom 17. Mai 1859, in: AVA: Präs. Fasz. M.LXI/I/441/4854/9814/641 aus 1859; MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 151, Anm. 292

¹¹Motivenbericht..., in: AVA: Präs. Fasz. 118 aus 1859; MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 152, Anm. 299

¹²Morgenpost, 4. Oktober 1859

¹³Die Presse, 5. Oktober 1859

¹⁴Die Presse, 16. Oktober 1859

Die Ringstraße

Ab 19. Mai 1860 wurde mit dem Verkauf der Parzellen an der Ringstraße begonnen.¹⁵ Die Schaffung eines geschlossenen "Gürtels" um die Innere Stadt sollte durch den direkten Anschluß des "Quais" an die "Ringstraße" gewährleistet werden. Außerhalb der Ringstraße wurde am äußeren Rand des ehemaligen Glacis ein "zweiter Gürtel als Lastenstraße" beantragt.¹⁶

In der ersten Bauphase wurde mit der Demolierung der Basteien, der Erstellung des Grundplanes, der Errichtung der Privatbauten, der Oper und des Viertels um den Rudolfsplatz begonnen. Nicht verkauft wurde der Militärbesitz, dazu zählten der Paradeplatz, die Franz-Josephs-Kaserne und der Bauplatz der Rossauerkaserne. Am 1. Mai 1865 fand die feierliche Eröffnung der Ringstraße statt.

Ab 1870 schritt man in die zweite Bauphase. Jetzt wurde der Paradeplatz zur Verbauung freigegeben. Auf diesem Gelände entstanden die Gebäude der Universität, des Rathauses und des Parlaments. In dieser Phase entstanden auch die Neue Hofburg und die beiden gegenüberliegenden Zwillingsmuseen.

In der dritten Phase der Ringstraßenverbauung wurde die alte Franz-Josephs-Kaserne demoliert und der Ausbau des Stubenviertels nach neuen Plänen durchgeführt. Voraussetzung dafür war die am 10. Juni 1891 gesetzlich beschlossene sogenannte Wiener Kasernentransaktion.¹⁷ Mit diesem Gesetz wurde der Finanzminister ermächtigt, die im engen Stadtbereich angesiedelten Kasernen zu veräußern, und mit dem Erlös die Heeresverwaltung mit neuen Unterkünften auszustatten. Die neuen Kasernen lagen nun an der Peripherie. Mit dem Verkauf der teuersten Gründe, eben jener der Franz-Josephs-Kaserne wurde diese Aktion eingeleitet.

Im Grundplan war die Umgebung der Hofburg und der Kasernen aus militärischen Gründen nicht zur Bebauung vorgesehen. Dieser Plan wurde aber bald umgestoßen und so wurden in der Umgebung der Defensivkaserne in der Rossau, am Paradeplatz und später im Stubenviertel neue Stadtteile errichtet. Der finanzielle Aufwand für die Parkanlagen in diesen Vierteln war allerdings geringer als jener für die an den Hofburgbereich direkt anschließenden Gärten.

Besonders der Paradeplatz wurde von der Zivilbevölkerung als störend empfunden. Nur nach langwierigen Verhandlungen konnte zunächst erreicht werden, daß eine Fahrstraße durch dieses Gebiet angelegt werden durfte, die gereinigten Fußwege waren spärlich und an den seltenen Exerziertagen wurde das Gelände überhaupt abgesperrt. Er wurde 1848 als "unwegsames Wüste" beschrieben¹⁸ und diente vielen Offizieren und Zivilisten in der manöverfreien Zeit für ihre privaten Ausritte. 1868 tauchte zum ersten Mal das Gerücht auf, der Paradeplatz solle verkauft werden. Der Entschluß dazu kam offenbar vom Kaiser selbst. Ludwig von Försters Vorschlag, auf dem Gelände das Rathaus, die Universität und das Parlamentsgebäude zu errichten wurde nach langen

¹⁵Manfred WEHDORN, Die Bautechnik der Wiener Ringstraße, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Bd. 11, Wiesbaden, 1979, S. 3

¹⁶MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 154

¹⁷Paul KORTZ, Wien am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, 2 Bde., Wien, 1906, Bd. 1, S. 296

¹⁸Cajetan FELDER; Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters (Felix Czeike, Hrsg.), Wien, 1964, S. 129

Diskussionen doch durchgesetzt. Im Juli 1870 wurde der Paradeplatz definitiv in das Eigentum der Kommune bzw. des Stadterweiterungsfonds übertragen.¹⁹

Schon im Juni 1864, als die Baulinienfestsetzung für die Defensivkaserne in der Rossau vorgenommen wurde sprach sich die Stadterweiterungskommission über einen Antrag des "Departements für Hochbauten" für eine "Restrangirung des Defilirraumes" aus.²⁰ Gleichzeitig waren damit ab 1864 die Voraussetzungen zum Verkauf von Bauparzellen in diesem Gebiet gegeben. Das Programm für den Wettbewerb verlangte zwischen der Kaserne und dem Exerzierplatz eine direkte Verbindung, den 100 Klafter breiten "Defilirraum". Wie der Paradeplatz sollte auch der "Defilirraum" eine beschränkt zugängliche Rasenfläche sein, die mit Alleen eingefasst werden sollte.

1861 wurde auf dem "Defilirraum" an der Währingerstraße das provisorische Abgeordnetenhaus errichtet. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ergab sich die Notwendigkeit, die Umgebung gärtnerisch zu gestalten, wobei aber schon zu diesem Zeitpunkt feststand, daß "diese Plätze zur Verbauung bestimmt sind und die Planirung und Säuberung sowie die Anlage nur den Charakter eines Provisoriums haben wird".²¹ Im Herbst 1861 beauftragte die Stadterweiterungskommission den Gärtner Lothar Abel mit der Herstellung einer Parkanlage hinter dem Abgeordnetenhaus um einen Betrag von 4.000 Kronen. Davor hatten sich Vertreter der Gemeinde dafür eingesetzt, daß diese Gartenanlage für mindestens zehn Jahre der Öffentlichkeit erhalten bleiben mußte. Auf diese Bitte konnte die Stadterweiterungskommission nicht eingehen, da mit einer Umwidmung des "Defilirraumes" in Bauland gerechnet werden mußte.²² Diese Gartenanlage erstreckte sich in dem Rechteck zwischen Kaserne, Maria Theresien Straße, Währingerstraße und Türkenstraße. Die bestehenden Straßen (Lastenstraße, Liechtensteinstraße) wurden beibehalten, sodaß die Anlage aus mehreren Teilstücken bestand. In der Mitte lag ein Wasserbassin, die Bepflanzung begleitete die Fußwege, deren Führung von dem Ziel bestimmt war, mit geringster Streckenlänge den Park zu durchqueren.

Erst im Winter 1883/84 konnte das neue Parlamentsgebäude am Ring bezogen werden, und so blieb diese Gartenanlage doch mehr als 20 Jahre der Öffentlichkeit erhalten. Die heute noch in der Kolingasse befindliche Allee und die Parkanlage am Schlickplatz sind die Reste des "Defilirraumes". 1879-1880 wurde diese ca. 0,5 Hektar große noch verbleibende Grünfläche nach Plänen des Stadtgärtners Ferdinand Maly ausgeführt.

Die Rudolfskaserne in der Rossau

Der Standort der Kaserne nördlich der Augartenbrücke ergab sich aus strategischen und stadtplanerischen Überlegungen. Einerseits sollte die Defensivkaserne das Gegenstück der Franz-Josephs-Kaserne sein, andererseits war durch den großen militärischen Raumbedarf (Kaserne und Exerzierplatz) die Anzahl der räumlichen Möglichkeiten auf dem zur Bebauung vorgesehenen Gelände gering. Der Exerzierplatz

¹⁹Lokalanzeiger der Presse, 2.7.1870, S.1, „Sp.1; Morgenpost, 2.7.1870, S.2, Sp.3

²⁰MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 209

²¹Protokoll über die am 31. Oktober 1861 abgehaltene Sitzung der Stadterweiterung-Commission, Allg. Verwaltungsarchiv Wien, Stadterweiterungsfonds, 16-212, ad 15 528/1978 aus 1861

²²MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 301

wurde "regelmäßig abgegrenzt" und erstreckte sich über eine Fläche von ca. 0,73 Hektar. Dazu kam noch der Defilierraum.

Die militärischen Rücksichten spielten bei der Planung offenbar eine große Rolle, denn im Umkreis von 2000 Metern ausgehend von der Hofburg lagen nach den Planungen von 1857 insgesamt acht Kasernen (Abb. 4). Es wird zwischen bestehenden, zum Abbruch vorgesehenen und geplanten militärischen Anlagen unterschieden.

"Denn außer den k.k. Infanteriekasernen in der *Alster Gasse* (der heutigen Alser Straße), am Getreidemarkt und am Heumarkt, weiters der *Franz-Josephs-Kaserne* und dem *k.k. Hof Gendarmerie-Gebäude* sollten noch zwischen Burgtor und Hofstallungen der *k.k. Gardehof*, das *k.k. General-Commando* und in der Roßau am Donaukanal eine Kaserne mit *Defilirraum* errichtet werden. Um dem *Boulevard* zu beherrschen und das Eindringen *auführerischer Volksmassen* aus den Vorstädten in die Innere Stadt zu verhindern, war am Schottentor und am Schwarzenbergplatz die Errichtung von *Wachthäusern* geplant. Gemeinsam mit dem äußeren Burgtor hätte so der gesamte *Boulevard unter Feuer genommen* werden können. Weiters war zur Sicherung des äußeren Hofburgbereiches die Errichtung eines hohen Eisengitters geplant, während für den raschen Einsatz der Kavallerie zwei Reitalleen beiderseits der *Boulevard-Fahrbahn* dienen sollten."²³

In Bezug auf die Rudolfskaserne in der Rossau "hat man nur die Haltbarkeit gegen aufständische Bewegungen, und nicht gegen einen äußeren Feind ins Auge gefaßt, und dahin gestrebt, die diesfällige Sicherung mittelst nur *weniger* Punkte und einer *geringen* Anzahl von Mannschaft zu erlangen, um den größten Theil der kasernirten Truppen stets zu freier Verwendung außerhalb disponibel zu haben."²⁴

Generalmajor von Wurmb war ständiger Teilnehmer der Beratungen um die Stadterweiterung. Es gelang ihm, seine Meinungen durch Beharrlichkeit in den meisten Fällen durchzusetzen. So sprach er sich etwa für den Bau der beiden Militärgebäude auf dem Äußeren Burgplatz aus.²⁵ Durch die Anregung Ludwig von Försters entstanden an dieser Stelle schlußendlich doch die beiden Museumsbauten. Durch Wurmb's beharrlichen Wunsch wurde kurzfristig sogar der Defilierraum vor der Rossauerkaserne vergrößert. 1863 trat das Kriegsministerium jedoch drei Fünftel des Defilierraumes an den Stadterweiterungsfonds ab.²⁶ Das bedeutete ein Schrumpfen von 100 auf 40 Klafter in der Breite. Im selben Jahr verpflichtete sich das Kriegsministerium, gegen eine Pauschalbetrag von 5 Millionen Kronen (zahlbar von 1864-1868), alle Militärbauten entlang der Ringstraße auf sich zu nehmen.

Das Militär begann daraufhin mit dem Bau der Rossauerkaserne. Die Akzeptanz für ein neuerliches Militärgebäude innerhalb der Bevölkerung war äußerst gering.

²³MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 164

²⁴Berücksichtigung der militärischen Erfordernisse. Verfaßt von Generalmajor Wurmb am 26. März 1859, in: AVA: Präs. Fasz. M.I.II/44 aus 1859; MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 164, Anm. 324

²⁵Elisabeth SPRINGER, Geschichte und Kulturleben der Wiener Ringstraße, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Bd. 2, Wiesbaden, 1979, S. 143, 175

²⁶SPRINGER, 1979, S. 445

Besonders seit der Niederlage von 1866 stieß ein solches Vorhaben auf wenig Gegenliebe. Man schlug sogar noch während der Bauarbeiten vor, auf dem bereits errichteten Fundament die Universität zu errichten.²⁷ So weit kam es aber doch nicht.

Generalmajor von Wurmb stellte in seiner Zusammenfassung der Berücksichtigung der militärischen Erfordernisse fest, daß die Franz-Josephs-Kaserne den rechten Flügelpunkt, die k.k. Hofburg mit den davor liegenden Wallteilen schützen sollte, wogegen die Defensivkaserne in der Rossau den linken Flügelpunkt der gegen Anlauf gesicherten Anlagen verteidigt. Die in den Kreuzungspunkten mit der Ringstraße gelegenen Wachhäuser sollten als "*intermediäre feste Punkte ...* außer mehrfacher, direkter und frontaler Einflußnahme, sowohl gegen die Stadt als gegen die Vorstädte, insbesondere die *Flankierung der Ringstraße* bewirken."²⁸

Die Franz-Josephs-Kaserne (Abb. 5) wurde zwischen 1854 und 1857 nach den Plänen von Karl Rziwnatz errichtet und war daher noch vor der Stadterweiterung und den Planungen für die Ringstraße entstanden. In den meisten Projektentwürfen zur Stadterweiterung ist sie noch enthalten. Sie bestand aus zwei symmetrisch gestellten, rechteckigen Komplexen, die sich jeweils mit vier Flügeln um einen Hof lagerten. Zwischen den beiden in Sichtziegelbauweise errichteten Trakten war das Franz-Josephs-Tor als Zugang zur Inneren Stadt situiert. Der Eingang in die Stadt konnte daher aus beiden Kasernenteilen bewacht werden. Sie besaßen gegen diesen Durchgang zu turmartig ausgebildete und überhöhte Eckrisalite mit Balustrade und Konsolenkranz. Die nach außen gewandten Ecken waren mit achteckigen Türmen verstärkt.²⁹

Die liberale Partei im Abgeordnetenhaus sprach sich immer für die Reduzierung des Militärbudgets, sowie für die Entfernung der Kasernen aus dem Stadtgebiet aus. Bei der Franz-Josephs-Kaserne erschien diese Forderung durchaus sinnvoll, denn sie war schon seit 1863 nicht mehr als Festung gedacht. Man hatte während dieser Phase der Stadterweiterung die Stadtmauern an dieser Stelle demoliert und zu den im ersten Stock gelegenen Haupteingängen mußte nun der Zugang durch Terrassen und Freitreppen ermöglicht werden.³⁰ Man entschloß sich daher schon bald, die Innere Stadt auch in diese Richtung hin zu erweitern und bereits 1898 wurde die Franz-Josephs-Kaserne demoliert. Auch die Demolierung der Salzgrieskaserne, die eigentlich mit Fertigstellung der Rossauerkaserne vom Militär geräumt hätte werden sollen, zögerte sich bis 1880 hinaus.

Im Zuge der Errichtung des sogenannten Festungsdreiecks und der Gestaltung der Ringstraße, wurde der Bau der Rossauerkaserne integraler Bestandteil, nicht zuletzt deshalb, weil die innerhalb der Inneren Stadt gelegenen militärischen Anlagen³¹ nach außen verlegt werden sollten. Am 7. April 1864 erfolgte die Anordnung zur Ausführung. Planung und Oberbauleitung übernahm die Offiziere der "Genie-

²⁷Die Presse, 3.11.1866, S. 4, Sp. 2

²⁸Berücksichtigung der militärischen Erfordernisse ..., wie 24.

²⁹Für eine genauere Baubeschreibung siehe: WAGNER-RIEGER, 1970, S. 119ff.

³⁰Morgenpost, 5.6.1864, S. 2, Sp. 2

³¹das sogenannte "Stabsstockhaus", die Militärbäckerei, die "Belagsräume" auf der Wasserkunst- und Mülkerbastei sowie die Salzgrieskaserne.

Direction" Oberst Karl Pilhal und Major Karl Markl. Beide hatte ihre Ausbildung in der von Kaiser Karl VI. gegründeten Ingenieur-Akademie erhalten.³² Die Ausführung selbst wurde dem Baumeister Josef Zeller und der Ziegeleibesitzer J. Stier übertragen.

Baubeginn war am 1. August 1864, und nach zwei Jahren war das aufwendige Fundament fertiggestellt (Abb. 6). Gerade die Errichtung des Fundamentes stellte die Verantwortlichen vor große Probleme. Durch die Lage in der Schwemmschotterzone des Donaukanals waren sorgfältige Vorarbeiten notwendig. Zunächst wurden sieben Probebohrungen durchgeführt.³³ Die Lastenberechnungen wurden ausgelegt auf Holzpiloten von ca. 1,90m Länge und ergaben eine Anzahl von 6 Piloten pro Quadratklafter (=3,60m²). Damit ergibt sich eine Anzahl von rund 30.000 Piloten für das Fundament (Abb. 7). Das eigentliche Fundament bestand aus vier Schichten und erreichte eine Stärke von ca. 4m.³⁴ Selbst wenn mit dem Vermodern der Piloten gerechnet werden mußte, so war man doch mit einem derart gestalteten Fundament bestens gerüstet. Das für das Fundament verwendete Baumaterial stammte zum Großteil vom Abbruch der Basteien, der am 29. März 1858 begonnen hatte.³⁵ Die Wiener Großbaustellen dienten aber auch als Deponie für diverse andere Dinge. So wurden während der Bauarbeiten 1997 im Kellerbereich des Nordtraktes Skelettreste gefunden. Dabei handelte es sich nach Auskunft des Stadtarchäologen Dr. Harl um umgewälztes Friedhofsmaterial. Es war anscheinend geübte Praxis, daß die Überreste aus aufgelassenen Grabstätten in Baugruben "entsorgt" wurden.³⁶ Nach einer archäologischen Befundung wurden diese Überreste am Zentralfriedhof eingeäschert. Das aufgehende Mauerwerk wurde zum überwiegendem Teil aus Ziegel, die bauplastischen Details wurden mit weißen und teilweise auch roten Verblendziegeln gefertigt.

Im Juni 1868 war der südliche Trakt fertig und am 5. Juli 1870 wurde das Gebäude offiziell übergeben (Abb. 8).

"Schon vor Baubeginn hatte in der Bevölkerung Stimmung gegen den Bau geherrscht; man bezweifelte überhaupt die Notwendigkeit einer neuen Kaserne. Immer wieder, vor allem vor Fertigstellung des Südtraktes, finden sich Notizen in den Tageszeitungen über 'die langsambe Fortführung des Baus'. Offenbar mehrmals war es zu 'Massenentlassungen' gekommen und auch ein 'Mangel an Bauziegeln' mußte festgestellt werden."³⁷ Im Zuge der Bauarbeiten kam es zu einem handfesten Bauskandal. Schon während der Arbeiten mußte der Staat die Ziegelei Stier durch Darlehen finanziell unterstützen. Kurz darauf wurde sie jedoch von der "1. Wiener Maschinziegel-Gesellschaft" übernommen und der Staat verlor seinen Darlehensanspruch. Nach der

³²Die Daten zur Baugeschichte sind nachzulesen bei: Manfred WEHDORN, Zusammenfassung zur Baugeschichte und Bautechnik der Rossauer Kaserne, s.t., freundlicherweise zur Verfügung gestellt durch das Büro Prof. Wehdorn.

³³Ein genauer Ergebnisbericht über die Bohrungen ist nachzulesen im Kriegsarchiv, K.k. Geniedirection, Nr. 4395, 8A, A1, 1/1, datiert 27.10.1864, sowie: WEHDORN, s.t., S. 7f.

³⁴Eine exakte Beschreibung der Fundamentschichten findet sich bei: WEHDORN, s.t., S. 9

³⁵WEHDORN, 1979, S. 3

³⁶An dieser Stelle sei dem Stadtarchäologen Dr. HARL für seine Auskunft gedankt.

³⁷WEHDORN, s.t., S. 3

Fertigstellung des Baues wurde Pilhal dafür verantwortlich gemacht und deshalb 1870 sofort nach der Fertigstellung vom Dienst suspendiert.

Vom Typ her waren die meisten größeren Wiener Kasernen des 18. und 19. Jahrhunderts nach dem Zentralisationssystem angelegt.³⁸ Dabei sollten neben dem jeweiligen Truppenkörper auch alle die Verwaltung und Ausstattung betreffenden Nebenräume am gleichen Standort untergebracht werden. Die Anlage enthielt oftmals einen oder mehrere Höfe und wurde in Blöcke unterteilt. Später wurde dieses System modifiziert und man ging zum sogenannten Korridorsystem über, bei dem die Wohnräume zu beiden Seiten eines Mittelganges angelegt waren. Dadurch war eine relativ große Truppenkonzentration möglich.

Bei der Rossauerkaserne handelt es sich um einen 269m langen und 136m breiten, um drei große Höfe angelegten, vier bis fünfgeschoßigen Sichtziegelbau, der mit sparsamen Hausteindetails und Blendwerk (sparsamer romantisierender und gotisierender Dekor) ausgestattet ist. Die Gesamtgrundfläche mißt 43.293m², wovon 17.936m² verbaut sind. Die Baukosten betragen 5,948.400 Kronen. Gesetzliche Grundlagen für den Bau der Kaserne waren das "Einquartierungsgesetz", die "Instruktion zur Ausmittlung der Raumbedürfnisse für das k. u. k. Heer" sowie die "Anleitungen für den Neubau von Kasernen und Militärspitälern".³⁹

In ihrer Anlage ist die Rossauerkaserne der altertümlichste Bau, in der Beachtung moderner hygienischer Gesichtspunkte der unzureichendste. Als Spätwerk des romantischen Historismus spielt sie mit ihren Turm- und Zinnenmotiven auf die mittelalterliche Festungsarchitektur an. Sie fällt vor allem durch ihre bewegte Silhouette, die vielfach abgestuften Trauflinien, Aufsätze und Türme auf. Die Eingangsbereiche am Schlickplatz und an der Rossauer Lände sind jeweils analog gestaltet. Im Haupteingangsbereich finden sich Pfeiler mit runden Eckvorlagen und Efeukapiteln. Die Torpavillons haben jeweils einen kleinen, annähernd quadratischen Innenhof. Über dem Eingangsbereich an der Seite des Schlickplatz befindet sich eine Kapelle, die sich über das 2. und 3. Geschoß erstreckt.

In den Eck- und Mittelrisaliten befinden sich fünf Geschoße, sonst vier, die beiden Mitteltrakte haben drei Geschoße. Besonders die überhöhten Ecksegmente hatten militärische Bedeutung:

"Diesem Zweck (der Verteidigung gegen einen inneren Feind, Anm. d. Verf.) entsprechen die 4 Vertheidigungsthürme an den Ecken des Gebäudes, indem, wenn in 2 Geschoßen und auf dem Vordecke derselben, eine leichte Armirung angebracht wird, und in jedem Thurme etwa 50, dann in den verschiedenen Thorwachstuben, zusammen etwa 60-80, im ganzen also 260-280 Mann verwendet werden, sowohl die Flankirung aller Gebäudetheile, als die Sicherung aller Eingänge, nebst vollständiger Beherrschung des Außenterrains und der betreffenden Stadt- und Vorstadt-gassen, erzielt werden kann. ...

³⁸SENEKOWITSCH, 1990, S. 11, Anm. 16

³⁹alles: KORTZ, 1906, Bd. 1, S. 296

Der im Allgemeinen angedeutete Umriß der Kaserne und ihrer Nebengebäude, bietet ausreichenden Raum für 1 Infanterie-Regiment, zu 3 Bataillons, sammt dem Stabe, so wie für 2 der 6 pfündigen Fußbatterien, auf dem Friedensstand; endlich für eine Kavallerie-Piquet zu 20 Mann mit einem Offizier; alles einschließlich der zu diesen Truppenkörpern gehörigen Stabs- und Oberoffiziere, Kanzleien und Partheien, mit der dazugehörigen Anzahl von Pferden; indem Stallungen für 150 Batterie- und Kavallerie- und 32 Offiziers-Pferde beantragt sind; gleichwie auch auf alle erforderlichen Magazine, Depots und Remisen für Wagen und Geschütze, und auf eine ausgedehnte Marketenderei, sowie auf den Bauhof der Genie-Direction, Bedacht genommen ist."⁴⁰

Nach den Ausführungen Generalmajor von Wurmbs von 1859 sollte Platz für 270 Arrestanten geboten werden, außerdem für eine Militär-Brotbäckerei mit 8 Öfen. In zwei gewölbten Magazinen sollten 40.000 Zentner Mehl und 60.000 Zentner Frucht untergebracht werden.

Bis zum Jahr 1906 hatte sich, gegenüber den Zukunftsvisionen Wurmbs, die tatsächliche Belegung der Kaserne naturgemäß verändert. Es war Raum für 2.400 Mann und 390 Pferde vorhanden, außerdem 99 Offizierswohnungen verschiedener Größe und 43 Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere. In der Kaserne waren die Kanzleien des Generalgenieinspektors, eines Truppendivisions- und eines Brigadekommandos, sowie jene des Militärpfarrers untergebracht.⁴¹

Die hygienischen Verhältnisse

Mit der Wiener Stadterweiterung sollte auch eine Umgestaltung bzw. Verbesserung der mangelhaften militärischen Unterkünfte einher gehen. Aber auch durch den Bau der Rossauerkaserne wurde keine wesentliche Verbesserung erzielt, denn sie entsprach schon bei ihrer Fertigstellung 1870 nicht mehr den Anforderungen.⁴² In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts wurden für den Bau von Kasernen und Militärspitälern neue Bestimmungen erlassen. "In England hatte man die Erfahrung gemacht, daß bei Truppen, die in Baracken untergebracht waren, die Sterblichkeit wesentlich geringer war, als bei solchen in großen Kasernen. Dabei waren Tuberkulose und Schwindsucht die Hauptursache für zahlreiche Todesfälle. 1861 ging man in England zum Pavillon-system über, wobei man höchstens zweistöckige Häuser für je rund 200 Mann erstellte, die auf beiden Seiten gut zu Lüften waren. Auch die Ställe wurden von den Mannschaftsunterkünften getrennt. Das Ergebnis war erstaunlich, die Sterblichkeitsquote sank deutlich."⁴³ Aus diesen Gründen entschloß man sich auch in Österreich zur Errichtung von Kasernen im Blocksystem. Die erste derartige Anlage war die Rennweger Kaserne (1880-1882). Die Rossauerkaserne entsprach somit bald nach ihrer Fertigstellung nicht mehr dem hygienischen Standard. Die Räumlichkeiten waren nur durch einen hofseitig gelegenen, mit Fenstern ausgestatteten Gang erreichbar und

⁴⁰Berücksichtigung der militärischen Erfordernisse..., in: MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 507

⁴¹KORTZ, 1906, Bd. 1, S. 296

⁴²MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 277

⁴³SENEKOWITSCH, 1990, S. 17

ein Großteil von ihnen hatte eine Größe von etwa 70m². Sie waren lediglich an einer Schmalseite mit Fenstern ausgestattet. So standen lichterfüllten Gängen große, dunkle oder sogar kleine, fensterlose Zimmer gegenüber. Beim Bau der Kaserne stand der "verteidigungsfähige Charakter" des Gebäudes im Mittelpunkt, dafür nahm man auch gewisse andere Mängel in Kauf.⁴⁴ "Diese Nachteile gipfelten insbesondere in der gedrängten Verbauung mit völlig geschlossenen, mäßig großen und auch kleinen inneren Höfen, in der Anwendung des alten Systems der tiefen, kasematteartigen, nur von geschlossenen Korridoren zugänglichen Mannschaftswohnzimmer ...". Oft wurden nur einfache Fenster eingebaut, vor allem dort, wo hinter den Innenhöfen nur Gänge liefen,⁴⁵ was die Beheizung der Räumlichkeiten erschwerte.

In den äußeren Höfen lagen jeweils in den Ecken polygonale, viergeschoßige Turmbauten, die um eine zentrales Fallrohr die Mannschaftsaborte enthielten. "Diese, für die Erbauungszeit durchaus typische Lösung nährte vermutlich auch die bekannte Anekdote um die angeblich *vergessenen* Toiletteanlagen."⁴⁶ Die Türme waren in jedem Geschoß mit acht Aborten ausgestattet, die um das zentrale Abfallrohr angeordnet waren. Die Pissoirs lagen an der Außenmauer der Türme. Außerdem gab es noch in den Offizierstrakten und in den beiden stirnseitigen Eingangstrakten je zwanzig Einzelaborte. Die sanitäre Ausstattung stellte jedoch keine wesentliche Verbesserung gegenüber den alten Kasernen dar. Dazu kam, daß die meisten Wiener Kasernen unter einer schlechten Wasserversorgung litten.⁴⁷ Erst ab dem Jahre 1883 schrieb die Bauordnung zwingend den Einbau von "waterclosets" englischer Prägung vor, davor waren Trockenaborte üblich.⁴⁸

Die Kanäle waren halbkreisförmig gewölbt mit flacher, konkav gebogener Sohle.⁴⁹ Die Breite der Profile erreichte 63cm, die Höhe 79cm. Damit entsprach der Querschnitt nicht dem gesetzlich gefordertem Mindestmaß von 0,5m². Das Gefälle des Hauptkanals lag bei 8%, Regen- und Fäkalwasser wurden nicht getrennt, was dem sogenannten Mischsystem entsprach. Die Bauordnungen von 1858 und 1869 schrieben diese Vorgangsweise vor.⁵⁰ Trotzdem gab es im Originalzustand der Kaserne öfters eigene Regenwasserkanäle.

Nach dem 1. Weltkrieg

1927 wurde das Haus ein Obdachlosenasyll, außerdem wurden Schauräume für ein "Deutschmeistermuseum" untergebracht. 1936 kam es zu Umbauten im südlichen Hoftrakt. Die hier befindlichen Stallungen wurden mit großen Einfahrtstoren versehen und zu Garagen umgestaltet.

⁴⁴KORTZ, 1906, Bd. 1, S. 296

⁴⁵WEHDORN, 1979, S. 97

⁴⁶WEHDORN, s.t., S. 7, Anm. 13

⁴⁷Neues Wiener Tagblatt, Nr. 278, 16.12.1867, S. 4, Sp. 1

⁴⁸WEHDORN, 1979, S. 113

⁴⁹Eine genaue technische Beschreibung siehe: WEHDORN, 1979, S. 112f.

⁵⁰Bauordnung 1858, § 48; Bauordnung 1869, § 55

Mit dem Zerfall der Donaumonarchie - die Bevölkerung "schrumpfte" von einem 52 Millionen Reich innerhalb weniger Jahre auf 6,6 Millionen - ging auch ein durchgreifender Wandel der Regierungs-, Verwaltungs- und Finanzmetropole Wien einher. Unter diesen Vorzeichen erschien das bestehende Militär als überdimensioniert. Nach der Ausrufung der Republik 1918 waren die Wiener Kasernen nur zu einem Bruchteil belegt. Man entschloß sich daher, die freigewordenen Objekte einer zivilen Nutzung zuzuführen. Der Nordtrakt der Rossauerkaserne wurde daher in Wohnungen umgewandelt. Im Friedensvertrag von St. Germain von 1919 wurde dem verbleibenden Rumpf-Österreich lediglich ein Berufsheer von 30.000 Mann gestattet, das seinen räumlichen Bedarf leicht mit den aus der Monarchie erhaltenen Anlagen abdecken konnte.

Nach dem 2. Weltkrieg

In den Kriegsjahren 1939 bis 1945 war in der Rossauerkaserne die "Frontleitstelle für den Südosten" untergebracht, und in den letzten Kriegstagen wurde der nördliche, gegen den Donaukanal gerichtete "Infanterie-Offizierstrakt" durch Bomben völlig zerstört. Nach dem Krieg wurde dieser Gebäudetrakt weitgehend originalgetreu wieder aufgebaut, nur auf die Errichtung des hofseitigen Mittelrisalits und die beiden ebenfalls hofseitigen Ecktürmchen hatte man verzichtet.

Nach dem Krieg wurde das Gebäude von der Polizei genutzt. Zur gleichen Zeit wurden Aufzüge und eine Zentralheizung eingebaut sowie der gesamte Nordhof überdacht und als Garage umfunktioniert.

1954 wurden im Südtrakt die hofseitigen Gänge mit großem Aufwand in die Gebäudemitte verlegt. Auf diese Art wurden kleinere, besser belichtete Aufenthaltsräume geschaffen. Gleichzeitig wurde auch der südliche Aborturm entfernt und neue Stiegenhäuser eingebaut. Es folgten noch einige weitere Umbauten, zum Beispiel ein Ausbau der sanitären Anlagen.

1973 wurde im Verteidigungsministerium ein Kasernensanierungsprogramm erarbeitet. Es wurde eine Liste von Liegenschaften erstellt, die für den Verkauf bestimmt waren. Darunter fiel auch die Rossauerkaserne, für die Angebote der Creditanstalt und der Universität Wien vorlagen. Keine der fünf im Kasernensanierungsprogramm zum Verkauf vorgeschlagenen Anlagen wurde veräußert. Die Verhandlungen scheiterten einerseits am Kaufpreis, andererseits an der vertraglichen Bedingung, daß der Käufer zwar den Kaufschilling zu erlegen hätte, die Verfügung über die Liegenschaft erst nach Fertigstellung der Ersatzbauten erlangen sollte. Ein Grund für die Beibehaltung der alten Standorte lag wohl auch darin, daß der Preis für die Ersatzanlagen den Verkaufserlös bei weitem überschritten hätten.

Die neuere Geschichte

Angesichts des fortschreitenden Verfalls der Kaserne begann in den siebziger Jahren eine Diskussion, in deren Verlauf ihr Fortbestand in Frage gestellt wurde. Auch hinsichtlich einer zukünftigen Verwendung gingen die Meinungen auseinander. Im Lichte der Öffentlichkeit bildeten sich mehrere Lager. Einerseits ein kleines Häufchen von Kunsthistorikern, Architekten und Journalisten, das die Erhaltung der historischen

Bausubstanz forderte, andererseits ein "Verwertungskartell", das in den Medien den saloppen Beinamen "die Wiener Baumafia" (ein lockerer Verbund aus großen Architekturbüros, der Bauindustrie, den sozialpartnerschaftlichen Verbänden und den Parteien) erhielt.⁵¹ Dieser Zusammenschluß stand 1978 "in den Startlöchern, um diesen *Brückenkopf der Ringstraße* ihren Verwertungsmechanismen zu unterwerfen."⁵² Als diese Pläne publik wurden, trat die Österreichische Gesellschaft für Architektur für einen allgemeinen, offenen Architektenwettbewerb und eine problembewußte Vorbereitung ein, die die historischen, städtebaulichen, funktionellen und technischen Gegebenheiten gründlich zu erarbeiten gehabt hätte. Eine Jury aus einschlägig profilierten, internationalen Architekten sollte die eingereichten Projekte beurteilen. Die Pläne des "Verwertungskartells" wurde damit durchkreuzt und es herrschte wieder für ein Jahrzehnt Ruhe um die Rossauerkaserne. Der geplante Architektenwettbewerb blieb aus.

Im Jahr 1988 stellte sich ein Triumvirat von Professoren, Peichl (Akademie der bildenden Künste), Holzbauer (Hochschule für angewandte Kunst) und Hiesmayr (Technische Universität) als Jury an die Spitze eines zweistufigen Gutachterverfahrens. Dadurch, daß es selbständig sowohl das Verfahren, als auch die Teilnehmer auswählte, um diese dann auch noch zu prämiieren kam es zu einem Interessenskonflikt, der nachträglich Anlaß zur Kritik der Medien und der Öffentlichkeit bot. Prompt protestierte die Architektenkammer gegen eine solche Vorgangsweise. Was die Nutzung anging enthielten die Ausschreibungsunterlagen der selbsternannten Jury ein ungeprüftes Raumprogramm für die Universität. Die tatsächliche zukünftige Nutzung des Gebäudes stand allerdings noch nicht fest. Vorgeschrieben wurden Gemeinplätze wie eine "Öffnung", oder eine "Durchmischung" und "Anbindung" auf der Grundlage vager städtebaulicher Impressionen.

Von zwölf Projekten wurden vier für die Weiterbearbeitung nominiert. Daraus ergaben sich acht Entwürfe, die Anfang 1989 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Keines der Projekte erschien wirklich überzeugend. Penttilä schlug etwa einen Rundbau im Zentrum vor, Spalt einen "Festplatz in der Burg", der zumindest wieder leicht zu entfernen gewesen wäre. Andere Projekte zeigten Ansätze von städtebaulichen Ideen, die aber oft nicht nachvollziehbar waren, etwa der Vorschlag des Atelier Schönbrunnerstraße einer imaginäre Achse zum Weltausstellungsgelände.⁵³ Das Architektenduo Richter/Gerngroß trat sogar für den Abriß der Kaserne ein. Es kam aber anders.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und die Renovierung

Unter der Ägide von Verteidigungsminister Robert Lichal hatte das Bundesministerium für Landesverteidigung mit Nachdruck seinen räumlichen Bedarf im Hinblick auf die Rossauerkaserne bei den mit der Verwaltung der Bundesliegenschaften beauftragten Ministerien angemeldet und die Nutzung des Gebäudes wurde zugesagt. Noch waren

⁵¹Der Falter, 27.1.1989

⁵²Der Falter, 27.1.1989

⁵³Ende der achtziger Jahre fand eine Diskussion um die Veranstaltung einer Weltausstellung in Wien statt. Obwohl dieses Projekt bei der Bevölkerung auf geringes Interesse stieß, beflügelte es Architekten und Baumagnaten. Parallel dazu stiegen die Immobilienpreise in Wien, vor allem jene im 2. Gemeindebezirk kurzzeitig ins Utopische.

allerdings mehrere Abteilungen der Polizei in dem Gebäude untergebracht, doch diese sollten in das neu errichtete Haus in der Spittelau übersiedeln. Schon bald wurde klar, daß dieses neue Gebäude nicht den Anforderungen der Dienststellen entsprach und die noch nicht übersiedelten Abteilungen der Polizei entschlossen sich dazu, in der Kaserne zu verbleiben. Man kam überein, daß Polizei und Landesverteidigung das Gebäude zu gleichen Teilen nutzen würden. Der gesamte Nordhof mit den angrenzenden Trakten verblieb der Landesverteidigung, ebenso wie der im Mittelhof und gegen die Maria-Theresienstraße gelegene Trakt 7 (Abb. 9). Die restliche Gebäudehälfte blieb der Polizei zur Nutzung überlassen.

Im Dezember 1990 stellte das Bundesministerium für Landesverteidigung dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten eine Rate von 200 Millionen Schilling mittels Budgetüberschreitungsgesetz zum Ausbau der Trakte 11 und 12 zur Verfügung⁵⁴ und die Generalsanierung des Objektes wurde begonnen. Die Ausbauarbeiten dieser Trakte wurden von der Bundesbaudirektion eingeleitet, sodaß ein provisorischer Bezug bereits 1991 ermöglicht wurde. Zwei Jahre später wurde der Trakt 7 für die Nutzung des Ministeriums ausgebaut.

Im Juli 1992 wurde die Bundesimmobiliengesellschaft gegründet. Sie wurde mit der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes betraut und war als Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert, deren Anteile dem Bund zu 100% vorbehalten sind.⁵⁵ Gleichzeitig übergab ihr das Wirtschaftsministerium die Liegenschaft Rossauerkaserne zur Fruchtnießung. Es wurden alle offenen Planungs- und Firmenaufträge von der Bundesbaudirektion übernommen. Die Bundesbaudirektion wurde Kraft Gesetz für fünf Jahre als durchführendes Organ der Bundesimmobiliengesellschaft unterstellt. Dieser neugegründeten Gesellschaft fehlte es jedoch an ausreichendem Startkapital und sie sah sich außerstande, weitere Mittel für den Endausbau freizugeben. Im November 1993 verfügte sie einen generellen Vergabestop für Bauaufträge, was zur totalen Einstellung der Bautätigkeit führte. Das Verteidigungsministerium stellte daraufhin eine Mietzins-Acontozahlung für den Zeitraum Juli-Dezember 1993 zur Verfügung, um die Arbeiten wieder in Gang zu bringen. Weitere Mietzinszahlungen oder Zahlungen für die beabsichtigte Übernahme von Innenausbaukosten konnten wegen des fehlenden Mietvertrages zwischen Bundesimmobiliengesellschaft und Ministerium zu diesem Zeitpunkt nicht geleistet werden.

Die Gespräche zur Erstellung eines Mietvertrages zwischen Vertretern des Finanzministeriums, des Verteidigungsministeriums und der Bundesimmobiliengesellschaft gingen wegen gegensätzlich lautender Vorgaben nur schleppend voran. Die Vorgaben der Bundesimmobiliengesellschaft als privatwirtschaftlich organisierte Institution mit dem Ziel der Gewinnerzielung standen im Gegensatz zu den

⁵⁴Die nun folgenden, die Bau- und Renovierungsarbeiten betreffenden Daten stammen aus der umfangreichen Dokumentation von Herrn Hofrat DI Günter WOLFRAM, dem an dieser Stelle mein herzlichster Dank für deren Überlassung ausgesprochen wird. Als weitere Quelle diente: Bundesministerium für Landesverteidigung (Hrsg.), 25 Jahre Heeres- Bau- und Vermessungsamt, Festschrift, Wien, 1997

⁵⁵Dazu: Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft mit beschränkter Haftung und die Verfügung über bundeseigene Liegenschaften einschließlich Mietwohnungsgebäuden (BIG-Gesetz) und mit dem das Bundesfinanzgesetz 1992 und das Bundesministeriengesetz 1986 geändert wird vom 17. Juli 1992, BGBl. 419/1992

haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der beiden Ministerien.

Ab Oktober 1994 wurde der Innenausbau der dem Verteidigungsministerium zugeordneten Trakte durch das Ministerium selbst durchgeführt und finanziert. Schließlich wurde 1995 zwischen der Bundesimmobiliengesellschaft und dem Verteidigungsministerium ein Mietvertrag abgeschlossen, der die Generalsanierung durch den Mieter selbst ermöglichte. Seither ist das Heeres- Bau- und Vermessungsamt selbständig mit der Abwicklung des Innenausbaus des Nordhoftrakte beauftragt. Die Wiederherstellung der Fassade und die Sanierung der übrigen Trakte erfolgt durch die Bundesimmobiliengesellschaft.

Der Mietvertrag mit der Bundesimmobiliengesellschaft sieht eine vierteljährige Mietzinszahlung vor. Für die als Büroflächen genutzten Räumlichkeiten wird ein Preis von 110,-/m² verrechnet, für die noch in Umbau befindlichen Flächen ein Preis von 9,-/m². Insgesamt wurden im Jahr 1997 rund 28,6 Millionen Schilling an Mietzinszahlungen und Betriebskosten durch das Verteidigungsministerium an die Bundesimmobiliengesellschaft geleistet.⁵⁶

Bis zum Jahr 1997 wurde für die Sanierung der vom Verteidigungsministerium benützten Trakte ca. 230 Millionen Schilling (einschließlich Fassaden) aufgewendet. Der Innenausbau der Trakte 9 und 10 wurde im März 1997 begonnen und soll mit einem Kostenaufwand von ca. 270 Millionen Schilling bis Ende 1999 abgeschlossen sein.

In einem weiteren Renovierungsabschnitt wird der während des 2. Weltkrieges zerstörte Mittelrisalit im Nordhof wieder aufgebaut. Ebenso wird der Trakt 8 ausgebaut und eine Tiefgarage im Nordhof errichtet. Nach der Fertigstellung der Renovierungsarbeiten sollte ab dem Jahr 2005 ein Großteil der Zentralstelle des Verteidigungsministeriums im Amtsgebäude Rossau - so der neue Name der Rossauerkaserne - untergebracht werden und somit die Anzahl der Standorte des Ministeriums von derzeit 13 möglichst verringert werden.

© Mag. Martina Pflieger, Juni 1998

Alle Rechte vorbehalten

Die Autorin arbeitet in der Präsidialabteilung A des Bundesministeriums für Landesverteidigung und ist dort u.a. mit Angelegenheiten der Nutzung von Bauten befaßt. Der Beitrag wurde durch ihre berufliche Tätigkeit initiiert und später für die Veröffentlichung stark erweitert.

⁵⁶Die Mietpreise wurden mir vom Leiter der Präsidialabteilung B Bgdr Mag. LEOPOLD und ADir HR NIEDEREDER zur Verfügung gestellt, wofür ich meinen Dank aussprechen will.

Die Abbildungen

- Abb. 1: Stadterweiterungsprojekt Paul Sprenger, 1850; BALTZAREK/HOFFMANN/STEKL, 1975, Abb. 10
- Abb. 2: Stadterweiterungsprojekt Martin Kink, 1858; MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, Abb. 47
- Abb. 3: Grundplan, 1859; MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, Taf. 52
- Abb. 4: Berücksichtigung der militärischen Gesichtspunkte im Grundplan von 1859; MOLLIK/REINING/WURZER, 1980, S. 163, Fig. 24
- Abb. 5: Franz-Joseph-Kaserne, Front an der heutigen Ringstraße gesehen über die Radezkybrücke, Foto um 1898; Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek
- Abb. 6: Rossauerkaserne gesehen von der Votivkirche, Foto um 1866; Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek
- Abb. 7: Rossauerkaserne, Plan für die Pilotierung, Ausschnitt; WEHDORN, 1979, Taf. 19
- Abb. 8: Rossauerkaserne gesehen von der Votivkirche, Foto um 1874; Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek
- Abb. 9: Grundrißplan Rossauerkaserne, die genutzten Trakte des Bundesministeriums für Landesverteidigung sind die Trakte 7 bis 12

Das angeführte Bildmaterial ist u.a. folgenden Werken entnommen:

- Franz BALTZAREK/Alfred HOFFMANN/Hannes STEKL, Wirtschaft und Gesellschaft der Wiener Stadterweiterung, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Bd. 5, Wiesbaden, 1975
- Kurt MOLLIK/Hermann REINING/Rudolf WURZER, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Wiesbaden, 1980
- Manfred WEHDORN, Die Bautechnik der Wiener Ringstraße, in: Renate Wagner-Rieger (Hrsg.), Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche, Bd. 11, Wiesbaden, 1979

Mit Rücksicht auf urheberrechtliche Restriktionen wird auf eine Wiedergabe der Abbildungen im Text verzichtet.